

Regionalversammlung im Regierungsbezirk Detmold am 07.03.2018

Die Versorgungsplanung im Ruhrgebiet, die Reform der Psychotherapeutenausbildung, die Diskussion um einen Modellstudiengang Psychopharmakotherapie sowie die Nutzung des Internets in der Psychotherapie gehörten zu den zentralen Themen auf der Regionalversammlung der Psychotherapeutenkammer NRW (PTK NRW) am 7. März 2018 im Regierungsbezirk Detmold. Mit der Veranstaltung setzte die Kammer ihre im März 2016 begonnene Reihe der Regionalversammlungen fort. Zu der Veranstaltung, die im Ravensburger Park in Bielefeld stattfand, hatten sich rund 53 Kammermitglieder angemeldet.

Versorgungsmangel im Ruhrgebiet

Mit Blick auf die psychotherapeutische Versorgung im Ruhrgebiet kritisierte Gerd Höhner, Präsident der PTK NRW, dass mit der Entscheidung des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) im November 2017 zwar der Sonderstatus der Region aufgehoben wurde, aber nur 85 weitere Zulassungsmöglichkeiten für Psychologische Psychotherapeutinnen und Psychologische Psychotherapeuten sowie Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten geschaffen wurden. „Über 300 Kolleginnen und Kollegen in der Region rechnen ihre Leistungen ausschließlich über Kostenerstattung ab. Wir hatten deshalb mindestens 300 neue Zulassungen gefordert. Denn die Kostenerstattung ist eine rechtliche Notlösung und zeigt, dass ein Mangel besteht.“

Für weitere Schritte soll das für 2019 angekündigte Gutachten des G-BA zur gesamten ambulanten Versorgung abgewartet werden. Fest stehe aber, dass der Mehrbedarf mittlerweile für alle Beteiligten unstrittig sei. Auch der nordrhein-westfälische Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann habe sich in seiner vorherigen Funktion als Patientenbeauftragter des Bundes gezielt mit der Versorgungslage im Ruhrgebiet auseinandergesetzt. „Unsere Argumente werden auf Bundesebene gehört und Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten, die vielerorts an die 90 Prozent der Versorgung leisten, werden als feste Größe im System gesehen“, hielt Gerd Höhner fest. „Im gerade einmal 17. Jahr unserer beruflichen Selbstverwaltung ist das eine enorme Erfolgsstrecke.“

Ansprüche an die Ausbildungsreform

Hinsichtlich der Reform der Psychotherapeutenausbildung gäbe es durchweg positive Signale, dass sie umgesetzt werde, berichtete der Kammerpräsident. Der Übergang von der jetzigen zur neuen Struktur könne dann etwa 2030 abgeschlossen sein. Der Arbeitsentwurf des Bundesministeriums für Gesundheit zur Reform der Psychotherapeutenausbildung folgt im Aufbau der ärztlichen Ausbildung. Vorgesehen ist ein 5-jähriges Studium, das aus einem Bachelor- und einem Masterstudiengang mit angeschlossenem Praxissemester besteht und nach einer staatlichen Prüfung die Approbation ermöglicht. In der sich anschließenden Weiterbildung sollen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten die Fachkunde in einem Psychotherapieverfahren erwerben und sich für die Behandlung von Erwachsenen oder Kindern und Jugendlichen spezialisieren. Die PTK NRW sehe wichtige Ziele darin, einen ambulanten Schwerpunkt und ausreichend Praxiserfahrungen in die Ausbildung zu bringen, informierte Gerd Höhner. Auch die steigende Nachfrage an Psychotherapie bei chronischen Erkrankungen wie Diabetes gelte es im Auge zu haben. Eine anspruchsvolle Aufgabe sei die Finanzierung der rund 5.000 benötigten Weiterbildungsplätze pro Jahr. Modelle hierzu würden bereits vorliegen.

„Die Vielfalt muss erhalten bleiben“

Auf die Frage eines Kammermitgliedes, ob die PTK NRW mit der Reform auch Risiken verbinde, betonte Gerd Höhner die Aufgabe, die Verfahrensvielfalt zu erhalten. „Wir brauchen die Vielfalt, sie setzt wichtige Entwicklungsimpulse.“ Zudem müsse man aufpassen, im neuen System keine Überstandardisierung zu schaffen. „Wir dürfen uns nicht von Evidenzen abhängig machen, sondern sollten offen für Neues bleiben. Denn zu der wissenschaftlichen Qualifikation kommt immer eine sehr persönliche hinzu. Und Therapien mit Kindern beispielsweise finden häufig nicht standardisiert, sondern im Kontext von Familie statt.“ Auf eine weitere Nachfrage bekräftigte der Präsident, dass es ein zentrales Anliegen der Kammer sei, die Studierenden früh in die Praxis zu bringen. Weitere Diskussionspunkte waren die Organisation und die Finanzierung von Studium und Weiterbildung, Konkurrenzen um finanzielle Mittel, neu entstehende Wettbewerbssituationen im Versorgungsmarkt und eventuelle Bedarfsgrenzen als Steuerelement.

Modellstudiengang Psychopharmakotherapie

In die Reformbestrebungen habe das Bundesministerium für Gesundheit zusätzlich die Idee eines Modellstudiengangs Psychopharmakotherapie eingebracht, informierte Gerd Höhner auf der Regionalversammlung. Hintergrund sei die Überlegung, auf diese Weise den Nachwuchsmangel in der psychiatrischen Facharztausbildung abzufangen. „Wir halten es jedoch für völlig illusorisch, die notwendigen Kompetenzen in einem nebenher laufenden Studiengang zu erwerben“, erläuterte der Präsident den Standpunkt der Kammer. „Sicher müssen wir uns damit befassen, wie die Versorgung in zehn Jahren aussehen kann – aber wir werden nicht den Lückenbüßer für einen Systemfehler machen können.“ Abgesehen davon müsse sich die Profession fragen, was der Erwerb entsprechender Kenntnisse für die Ausübung von Psychotherapie und das berufliche Selbstverständnis bedeute. „Ich halte es für erstrebenswerter, den Menschen zu vermitteln, dass sich nicht alles im Leben mit Medikamenten regeln lässt“, sagte Gerd Höhner.

Bemerkenswert sei die Heftigkeit, mit der in der Ärzteschaft die Diskussion um einen Modellstudiengang Psychopharmakotherapie entfacht sei. „Die teilweise heftigen Reaktionen zeigen, dass wir im System angekommen sind, unsere Kompetenzen gesehen werden, wir aber auch als Konkurrenten gelten“, analysierte Gerd Höhner. Ein Kammerversammlungsmitglied merkte an, man könne auch argumentieren, Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten seien gerade aufgrund ihrer Kompetenzen die Richtigen in der psychopharmakotherapeutischen Versorgung. Gerd Höhner favorisierte abschließend eine verantwortliche Gemeinsamkeit als Kooperation mit Ärztinnen und Ärzten. „Medizin und Psychotherapie müssen zwei getrennte Bereiche bleiben. Aber es sollte Pflicht werden, dass Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten einerseits und der medikamentös behandelnde Arzt andererseits gemeinsame Behandlungsentscheidungen treffen.“

Psychotherapie und Internet

Die Teilnehmer der Regionalversammlung sprachen schließlich darüber, dass angesichts fehlender Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten auf dem Land die Diskussion über Behandlungsmöglichkeiten via Medien wie Skype oder Internet an Fahrt aufgenommen hat. Unterstützungsprogramme von Krankenkassen beispielsweise für Menschen mit Depressionen kurbeln den Markt zusätzlich an. Mit Blick auf die Berufsordnung der Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten können Fernbehandlungen aktuell in begrenztem Umfang durchgeführt werden; eine Behandlung ganz ohne persönlichen Kontakt erlaubt die Berufsordnung bisher hingegen nicht.

Hierzu werde nun jedoch überlegt, berichtete Gerd Höhner. Die Profession sei entsprechend gefordert zu diskutieren, ob Psychotherapie mittels Internet ihrer Berufsauffassung entspricht. „Meiner Ansicht nach erfordert sie immer eine beziehungstherapeutische Arbeit und es sollte keinen Standard geben, der eine Psychotherapie komplett ohne persönlichen Kontakt ermöglicht“, stellte Gerd Höhner heraus. Man blicke zudem zwar auf zahlreiche Studien zu reinen Internetangeboten

und der Blended Therapy als Mischform von Internetanteilen und persönlichem Kontakt. Forschung sei jedoch das eine – die Praxis der ambulanten Versorgung das andere.

„Den fachlichen Standpunkt bestimmen“

In der Aussprache betonte ein Kammermitglied, dass Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten die neuen Entwicklungen nicht verpassen und das Feld nicht anderen überlassen dürften. Gerd Höhner bekräftigte, dass man sich neuen Chancen nicht verschließen dürfte. „Wir müssen aber auch sehen, dass wir als Berufsstand unseren fachlichen Standpunkt bestimmen, die rechtlichen Fragen klären und die Nachfrage nach Internetangeboten realistisch einschätzen.“